

**Zeitschrift:** Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur  
**Herausgeber:** Gesellschaft Schweizer Monatshefte  
**Band:** 72 (1992)  
**Heft:** 7-8

**Rubrik:** Kommentare

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 02.02.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Zivilcourage

Gedanken zum Jahr 701

Immer seltener begegnen wir dem Ausdruck «Zivilcourage». Auch die letzte Ausgabe des Grossen Brockhaus (1981) führt ihn nicht mehr auf. 1957 war in der damaligen Ausgabe noch folgende Umschreibung zu lesen: «*Mut, sich im bürgerlichen Leben für die eigene Überzeugung einzusetzen*». Im Duden findet sich die griffigere Aussage: «*Der Mut, überall unerschrocken seine eigene Meinung zu vertreten*».

Entspricht es unserem Zeitgeist, dass wir Zivilcourage immer weniger als eine erstrebenswerte Haltung eines Menschen oder sogar als eine Auszeichnung betrachten? Zwar benutzte *Friedrich Dürrenmatt* in seiner Rede anlässlich der Ehrung für *Václav Havel* dieses Wort gleich dreimal. *Helmut Schmidt* äusserte die Auffassung, dass zu den von *Max Weber* formulierten drei Eigenschaften eines Politikers, nämlich Leidenschaft, Verantwortungsgefühl und Augenmass auch noch Zivilcourage, Einfühlungsvermögen und Beredsamkeit dazugehörten. *Marion Gräfin Dönhoff* attestierte ihrerseits *Helmut Schmidt*: «*er besitzt neben Verantwortungsgefühl überdies eine Eigenschaft, über die nicht viele Politiker und auch nur wenige Intellektuelle verfügen: er hat Zivilcourage*».

Trotzdem: hierzulande tut man sich immer schwerer, Zivilcourage zu zeigen. Weshalb? Ist es die Scheu vor der Auseinandersetzung? Ist es die Angst, sich zu exponieren? Oder sind wir im gesellschaftlichen «Filz» schon derart einge-

bunden, dass der persönliche Positionsbezug fast unheimlich geworden ist?

Eine erste Antwort auf diese Frage erhalten wir bei der eingehenderen Beschäftigung mit dem Sinn des Wortes «Zivilcourage», der bei näherem Zusehen echten Zündstoff enthält.

### Dienstbereitschaft statt Verdrossenheit und Zukunftsangst

Vorerst erschreckt das Wort «zivil» (lat. *civilis* = bürgerlich) viele Zeitgenossen. In unseren Tagen wird eine «bürgerliche» Haltung nicht selten als stockkonservativ, veraltet, nicht dem Zeitgeist entsprechend, gebrandmarkt. Ein Bürger, der unsere freiheitliche, föderalistisch tolerante und liberale Staatsidee vertritt, ist als «Ewig-gestriger» suspekt. Er gerät – sobald er sich irgendwie exponiert – unmittelbar in das Schussfeld professioneller Miesmacher. Ein Bürger dieses Landes, der auch die positiven Seiten unseres Staatssystems würdigt und sich sogar «erdreistet», daran Freude zu zeigen, entspricht nicht dem Geist der grassierenden Staatsverdrossenheit.

In der Folge macht sich bei nicht wenigen, die sich zwar gerne als «Bürger» geben und Parteigänger der «Bürgerlichen» sind, mehr und mehr Unsicherheit, fehlende Konflikt- und Dialogfähigkeit und ein Hang zu bequemer Kompromissbereitschaft breit. Wer in den letzten Jahren etwa die faulen Kompromisse verfolgte, welche die bürgerli-

chen Parteien zur Beschränkung des Privateigentums mit den Sozialdemokraten eingingen und damit einen Eckpfeiler unseres freiheitlichen, demokratischen Systems gefährdet haben und weiter gefährden, erkennt nicht mehr viel von klaren Standpunkten und kämpferischem Verfechten liberaler Ordnungssysteme. Politiker des bürgerlichen Lagers, die gewählt wurden, um unser System einer freien Marktwirtschaft zu vertreten, scheuen sich mehr und mehr vor der zupackenden, profilierten Auseinandersetzung auf dem Fechtboden des Parlamentes und vor ihren Wählern.

Ebenso dringend wäre auch, die unheilvollen Polarisierungen zu überwinden, welche derzeit die Auseinandersetzung in unserem Land – insbesondere auch im Parlament – belasten. *Sigmund Widmer* spricht in bezug auf diese Situation von der «*neuen unschweizerischen Freude an extremen Standpunkten*». Ich meine nun keineswegs, dass eine kritische gegenteilige Meinung einer auch leidenschaftlich geäusserten Opposition zu verhindern wäre, im Gegenteil: profilierte Stellungnahmen aus ernstzunehmender Überzeugung befruchten Gespräche und klären Entscheide. Was aber kontraproduktiv wirkt, ist die Polarisierung um der Polarisierung willen oder aber jene Polarisierung, die auf Grund oberflächlicher Beurteilung oder mangelhaftem, undifferenziertem Nachdenken entsteht. Gewissenhaftes Erdauern und Erhärten der Argumente auf dem Prüfstand offener, toleranter Diskussion bewirken jene eindruckliche Kraft, die wir zur Lösung der gewaltigen Probleme unseres Staates im Rahmen der europäischen Entwicklung, aber auch zur Stärkung der Konkurrenzfähigkeit unserer Wirtschaft auf den internationalen Märkten dringend benötigen. Denn ex-

tremer Polarisierung verschleisst Kräfte, blockiert Synergien, legt Ideen lahm und verhindert die Entwicklung. Wir können uns aber eine polarisierte Gesellschaft und ein polarisiertes Parlament ganz einfach nicht mehr leisten!

Ebenso zerstörerisch wirkt sich eine nicht mehr zu übersehende Staatsverdrossenheit aus: «verdrossene» Bürger ohne Zivilcourage. Bei näherem Zusehen entpuppt sich diese Haltung als ein Sammelsurium billiger Ausreden. Viele Eidgenossen ziehen sich mit solchen Ausreden in die unkomplizierte, bequeme und unverbindliche Rolle des Zuschauers und des Trittbrettfahrers zurück. *Antoine de Saint Exupéry* sagt dazu: «*Was ich aber am tiefsten verabscheue, das ist die traurige Rolle des Zuschauers, der unbeteiligt tut oder ist. Der Mensch ohne mittuende Verantwortung zählt nicht.*»

Lamentieren anstatt mitmachen? Zupacken, zugreifen, agieren – Fremdwörter in einer bürgerlichen Gesellschaft, in der Leisetreten und Mittelmass zum Massstab sozialen Einvernehmens zu werden droht? Die Fragen sind ätzend. Doch sie haben ihre Berechtigung, wenn man gewisse Entscheidungen wie beispielsweise diejenige der Basler Regierung betrachtet: ihre Verzögerungstaktik bewirkte, dass der Bau eines zukunftsgerichteten Biotechnikums einige Tausend Meter «ennet der Grenze» errichtet wird. Damit findet – ich zitiere eine Fachzeitung – die Zukunft der Basler Pharmaindustrie auswärts statt. Angst vor einer neuen Technologie, Angst vor klarem Positionsbezug, Angst vor einem allfälligen politischen Risiko, Zukunft in der Vergangenheit! Angst verhindert eben auch Zivilcourage und macht blind.

Zu viele Bürger drücken sich auch vor dem Dienst an der Öffentlichkeit, und

darunter finden sich recht viele junge Schweizer. Dienst an der Öffentlichkeit bedeutet nicht nur, eine militärische oder eine politische Aufgabe zu übernehmen. Mitarbeit in einem Verein, einer sozialen Organisation, für ein Entwicklungsland oder für eine Schule: alles gehört zu dieser freiwilligen Bereitschaft, Dienst zu leisten für unser Land, das vor allem wegen seines Milizsystems kräftig und leistungsfähig wurde.

Was wir mehr denn je nötig haben, sind einfallsreiche Bürger und Politiker, die sich diesem Staat echt verpflichtet fühlen, die sich über unsere Zukunft Gedanken machen, und die vor allem handeln und damit *Verantwortung übernehmen*. Bürger, die nachdenken, was zu tun ist, damit dieses Land in die Zukunft ihrer Kinder hineinwachsen kann. Gefragt sind Frauen und Männer, die sich gründlich und tieferschürfend zu einem Leitbild durchringen, *das sie in ihrer Umgebung und in der Öffentlichkeit mit Leidenschaft vertreten*, und die sich auch nicht scheuen, der europäischen Zukunft solidarisch, *offen und agierend*, statt reagierend zu begegnen: ein Bürgertum also, das im Denken jung und im Handeln aktiv die Zukunft mitgestaltet, anstatt ihr entgegenzujammern. «*Le bonheur c'est savoir ce qu'on veut et le vouloir passionnément.*»

### **Überzeugungen gewinnen – Fragen stellen**

In der eingangs erwähnten Umschreibung der «Zivilcourage» ist weiterer Zündstoff enthalten, nämlich die Forderung nach einer «*eigenen Überzeugung oder Meinung*». Nun ist es bei uns nicht selten, dass Meinungen à discrétion angeboten werden. Oft stammen sie aus der gestrigen Fernseh-Sendung, bilden

den Abklatsch dessen, was der «Allerhöchste» einer Unternehmung vorge-sagt hat oder sind letzte Stammtischweisheiten. In typisch schweizerischer Manier vorsichtig, unverbindlich und ordentlich gehalten und kurzfristig anders deutbar. Wenn es jedoch um das entschlossene Vertreten einer eigenen Überzeugung geht, wenn es wirklich ernst gilt und auf den Inhalt der Aussage ankommt, werden nicht zuletzt auch Akademiker kleinlaut oder lautlos oder aber undurchsichtig.

Das Erarbeiten einer eigenen Überzeugung oder Meinung bedingt anspruchsvolle geistige Auseinandersetzung. Dazu gehören gründliches Nachdenken, kritische Analyse sowie die Fähigkeit, Dinge in Frage zu stellen, sich selbst in Frage zu stellen oder sich durch andere in Frage stellen zu lassen. Dieser innovative, gedankliche Prozess benötigt viel Zeit, Musse, Gespräch, Konfliktfähigkeit und gleichzeitig Toleranz. Notwendig ist aber auch die Fähigkeit zuzuhören, um andere Meinungen gründlich und objektiv abwägen zu können. Gepaart mit Weitsicht, Realitäts-sinn und Mut ergibt sich so eine fundierte Überzeugung, die nach *Nicolas Chamfort* «*das Gewissen des Geistes*» ist. Gibt es wirklich keinen anderen Weg zur differenzierten eigenen Meinung als dieses beharrliche Fragen?

Vorerst ist zu vermerken, dass wer in unseren Landen Dinge in Frage stellt, bei «Höhergestellten» jeglichen Bereiches rasch als Ruhestörer katalogisiert wird, nicht selten auch als Linksgefährlicher oder als «Nager am Sozialprodukt». Diese Reaktion entspricht dem weitverbreiteten Typus des clichéhaften Administrators, den *Otto Walter Haseloff* kennzeichnet als einen, der alle seine Besucher in die zwei Kategorien «*Unbefugt*» und «*Zuwiderhandelnde*» einteilt.

Viele Äusserungen bestätigen, dass solche Administratoren bei uns immer zahlreicher werden.

Dinge kritisch in Frage zu stellen heisst aber, an Fundamenten rütteln, Tabus aufdecken und Masken herunterreissen! Ich meine keinesfalls, dass in diesem Prozess alles über Bord zu werfen sei, was uns und unser Land auszeichnet, was uns stark gemacht hat, was echt erhaltenswert ist. Aber der Blick für wesentliche, zukunftsgerichtete Entwicklungen ist zu schärfen. In den Unternehmungen, in unserer Gesellschaft, aber auch in unseren Kirchen ist damit die Frage zu beantworten, «*was wir eigentlich zwar gut machen, was aber überhaupt nicht gemacht werden müsste...*» Eine unangenehme, weil entlarvende Frage, die bei der Beantwortung viel Zivilcourage voraussetzt. Aber unmissverständliche, offene Antworten würden in der Wirtschaft zu direkten Führungssystemen, zu rationelleren Abläufen sowie zu innovativen Prozessen führen, würden im Staat die höchst notwendigen Deregulationen in Gang setzen und endlich das unheilvolle Gestrüpp unnötiger, entwicklungshemmender Gesetze, Verordnungen und Verfügungen abschneiden, und sie könnten nicht zuletzt auch die Kirchen aus ihrer fatalen Fehleinschätzung der Wirklichkeit unserer Tage herausreissen.

### **Offenheit für Unbequeme – Mut zum Risiko**

Der Begriff «Zivilcourage» enthält schliesslich die brisante Aussage, wonach es dazu den *Mut* brauche, *unerschrocken* seine eigene Überzeugung oder Meinung zu äussern.

Mut ist eng verbunden mit Tapferkeit. Mutig und tapfer sein heisst, mit Klug-

heit, Wahrhaftigkeit und Entschlusskraft *allein dem eigenen Gewissen* zu folgen, auch wenn es gegen Mehrheiten und allgemeine Strömungen geht. «*Mut hat immer mit Einsamkeit zu tun. Keinen Mut braucht es, der Mehrheit nach dem Munde zu reden.*» (Alois Riklin).

Unerschrockene Bürgerinnen und Bürger lassen sich nicht erschrecken. Deshalb sind es unbequeme Menschen. In totalitären Staaten werden sie ins Gefängnis, ins Irrenhaus gesteckt oder getötet: *Sacharow* ist ein Beispiel unter vielen. Riklin formuliert eine ähnliche Haltung auch für unsere Verhältnisse: «*In den Demokratien werden Dissidente zwar nicht ins Irrenhaus gesteckt, aber passen wir auf, dass wir unbequeme Zeitgenossen nicht leichtfertig als Spinner abtun! Die Reife und die Stärke einer Demokratie erweist sich in der Art, wie sie Minderheiten behandelt und Einzelgänger, die frank und frei und wohlüberlegt ihre abweichende Meinung äussern. Die Mehrheit hat nicht immer recht.*»

Mut und Unerschrockenheit sind eng miteinander verbunden. Beide führen uns hin zum Risiko, zur Risikobereitschaft und zur Risikofreude. Risiko bedeutet Wagnis! Wer wagt, begibt sich in Gefahr oder lässt sich zumindest nicht einschüchtern. Risikofreudige, mutige Schweizer und Schweizerinnen prägten unser Land und unseren Ruf auf der ganzen Welt: sie erstellten kühn angelegte Bergbahnen, erstiegen Viertausender, fuhren auf Brettern verwegene Rennen auf Schnee, konstruierten Autos (*Chevrolet*), entwarfen innovative Architektur (*Le Corbusier*), überraschten durch neue Kunstformen (*Giacometti*), bauten kühn geschwungene Brücken (*Ammann*). Unerschrockene, risikobereite Schweizer!

Das Bild, das sich bezogen auf die

europäische Diskussion derzeit bei uns zeigt, strotzt nun aber vor Mutlosigkeit. Die Angst vor dem Unbekannten (das doch eigentlich so unbekannt nicht ist) sitzt im Nacken vieler. *Böcklis* («Bö's») unvergessliche Figur des «*Julius Schlittenhafen*» aus dem «*Nebelspalter*» ist wieder da, als Symbol des Sonderlings, der – ausschliesslich mit sich selbst beschäftigt – immer noch an den «Sonderfall» glaubt und ängstlich den Geldbeutel umklammert.

Wo liegen die Gründe dieser Entwicklung? Eine Ursache liegt in der Art, wie ein Teil unserer Gesellschaft, vertreten durch einen Teil der Medien, mit dem Prinzip der Leistung und des Erfolges umgeht. Getrieben von Neid und Missgunst (zwei auffallend zunehmende Zeiterscheinungen in unserem Wohlstandsland!), angespornt von einer hämisch kommentierenden Leserschaft, werden Niederlagen, Misserfolge oder vermutete Fehlentwicklungen ins Zentrum der Berichterstattung gerückt. Anprangern, der Lächerlichkeit preisgeben, zusammenschlagen, verdächtigen: dies ist der Mix einer Sorte von Informationsvermittlern, die nach dem Grundsatz «*make a hero and kill the hero*» die Auflagen und Einschaltquoten ihrer Medien hochtreibt. Leistung ist suspekt, Einsatz verdächtig, Erfolg Grund für Skepsis. Wer Risiko eingeht wird zwar kurzfristig hochgejubelt, bei Nichterfolg aber ein für allemal niedergeschrien. Wer – besonders aus der jüngeren Generation – soll in diesem Klima der Missgunst noch Experimente eingehen oder das unternehmerische Risiko suchen? Zivilcourage verkümmert in einem solchen Umfeld, und allfällig vorhandene Risikofreude erfriert wie eine junge Pflanze im Frost. Dafür entsteht ein idealer Nährboden für Angst und Mutlosigkeit.

Eine weitere Ursache dieser Fehlentwicklung liegt im falschen Führungsverständnis in zahlreichen unserer Unternehmen. Je grösser Unternehmungen werden, desto hierarchischer und disziplinierter, ja nicht selten patriarchalischer werden sie geführt. Dabei entwickelt sich ein Geist, in dem Positionserangel und Ellbogenkämpfe ein beträchtliches Mass an Arbeitszeit verschlingen und in dem hektisches Karrieretreiben sowie untertänige Dienstbeflissenheit wilde Blüten treiben. Geschäftsleitungs- und Kadersitzungen gleichen immer mehr militärischen Rapporten: Vorgesetzter spricht zu mutlosen Befehlsempfängern! Das für Eigeninitiative zwingend notwendige «schöpferische Klima» kann sich in solcher Umgebung schon gar nicht entwickeln. Innovative Rebellen oder Mitarbeiter mit abweichenden Meinungen machen sich suspekt, verdächtig, weil nicht dem «Leitbild» entsprechend normiert. Ihre Karrierengespräche enden nicht selten im Abseits. Auffallend dabei ist in der Folge auch ein Verlust an natürlichen Kontrollmechanismen und kritischem Mitdenken und -handeln auf allen Stufen. Geistige Wachsamkeit, die Antriebskraft der Emotion (*Jean Piaget*), aber auch der Spass am «Metier» und am zusätzlichen Einsatz wird durch Unterdrückung von Zivilcourage zerstört. Die Angst, Neues zu wagen, Neues anzupacken, zu ermöglichen und zu begleiten, ist zu einem Schweizer Krebsübel und zu einem unheilvollen Bremsklotz für die rechtzeitige Entscheidungsfindung der anstehenden schicksalsschweren Probleme geworden. Es rächt sich jetzt die Tatsache, dass die Schweiz in den letzten vier Jahrzehnten verlernt hat, Risiken einzugehen. Der wirtschaftliche Wohlstand wurde zu einem guten Teil ohne die Notwendigkeit, Risiken zu

packen, erreicht und förderte den Glauben, dass es auch in Zukunft nicht nötig sei, Risiken einzugehen: so skizzierte vor kurzem *Hans Vontobel* die Lage in unserem Land. Und er stellte lapidar fest, dass wir jetzt unseren Willen zum Eingehen von kalkuliertem Risiko reaktivieren müssten.

Ein soziales und wirtschaftliches Klima, das durch Kleinmut geprägt wird, begünstigt weder kreatives Denken noch innovatives Handeln. Gerade jetzt sind wir jedoch in der Schweiz an einem Punkt angelangt, wo wir innovativen Fortschritt dringend benötigen. Erfinden, entdecken, erforschen im Sinne von *Fritz Zwicky* wird für den «ändern» Weg der Schweiz zu einer existentiellen Notwendigkeit, um unsere Zukunft auch nur einigermaßen bewältigen zu können. Unser Land liegt nämlich nicht mehr im Gleichschritt mit den führenden Industrienationen, sondern verliert – wie dies *Walter Wittmann* vor kurzem eindrücklich nachwies – in dem für uns lebenswichtigen Bereich der Innovationskraft an Boden.

Wenn nun aber in unserer Gesellschaft, in der Wirtschaft und beim Staat eine Mentalität um sich greift, welche Brave, Duckmäuser, Kompromissler und Kopfnicker bevorzugt, und die sich durch zu viele zwar anständige, aber ideenlose Männer und Frauen in den Parlamenten, in den Unternehmen und in der Öffentlichkeit breitmacht, dann verliert unser Land die entscheidende Schlagkraft.

Mut, Unerschrockenheit, Risiko und Wagnis: dies alles sind Wegmarken, Wegweiser in die Zukunft. Wilhelm Tell, Winkelried? Nein: Meier, Müller, Gloor und Vögeli, gepackt vom Geist von 1848 und von den Chancen der neunziger Jahre!

### **Fünf Voraussetzungen von Zivilcourage**

Zivilcourage kann sich entwickeln, wenn folgende Voraussetzungen erfüllt sind:

*Erstens: Mut zum fairen Dialog!*

Dialog heisst Zwiegespräch. Zwiegesprache führen bedeutet reden miteinander, heisst aber auch, einander zuhören. Im kürzlich erschienenen *Club of Rome* Bericht 1991 wird vom neuen Typ des Politikers erwartet, dass er «den Mut habe, die eigene Meinung zu ändern, wenn tiefere Einblicke in Verhältnisse und Probleme gewonnen werden». Aber was ist denn von jenem Viertel unserer National- und Ständeräte zu halten, die – bevor die Europadiskussion in unserem Land überhaupt erst recht begonnen hat – sich bereits einer «Anti-Bewegung» angeschlossen haben und sich damit dem Dialog entziehen? Es sind Politiker, welche die Zukunft unseres Landes abgeschrieben haben, mutlos, uneinsichtig, dem Dialog entfremdet, polarisiert. *Aber wir kommen jetzt ohne den Mut zum Dialog nicht weiter.*

Insbesondere wird ein aktiv geführter, nachhaltiger *Dialog mit den Jungen* zu einer existentiellen Notwendigkeit für uns alle. *Erwin Stichel* zitiert in seinem sehr anregenden Aufsatz «*Schweizer – Art und Unart*» die dramatischen und aufrüttelnden Tatsachen, dass 70 Prozent der Zwanzig- bis Dreissigjährigen 1989 gegen die Schweizer Armee gestimmt haben, dass von hundert Kantonsschülern der oberen Klassen kaum mehr zehn den Religionsunterricht besuchen und dass die Stimmbeteiligung der 20- bis 35jährigen noch wesentlich unter dem ohnehin tiefen Durchschnitt liege. Hinzuzufügen wäre, dass wohl

eine Ursache der Drogenabhängigkeit im mangelnden Zwiegespräch in den Familien liegt, das durch die überbordende «Zwiesprache» mit dem Glotzkasten verhindert wird und die menschlichen Beziehungen stört, aber auch die Vereinsamung in völlig unerwünschtem Mass fördert.

*Zweitens: Mut zum Risiko!*

Vier Jahrzehnte Wohlstand, welcher nur teilweise auf eigene Tüchtigkeit, noch weniger auf eingegangenes Risiko, sondern vielmehr auf billiges ausländisches Geld, das unsere Wirtschaft auf Hochtouren hielt, zurückzuführen ist, hinterlassen tiefe Furchen in unserem wirtschaftlichen Gefüge, aber zugleich auch ein ängstliches Sicherheitsstreben. Es tönt in einem satuierten Land, das dank seinen Pro-Kopf-Ausgaben für Versicherungsschutz einen makabren Weltrekord hält, deshalb geradezu ketzerisch, mehr Mut zum Risiko zu fordern. Aber für eine erfolgreiche Zukunft unseres Landes geht es jetzt darum, mit Entschlossenheit und Konsequenz all jene zu fördern und auszuzeichnen, die Mut zum Risiko aufbringen, die sich einsetzen und damit gleichzeitig auch aussetzen! Denn ohne Risiko gibt es keinen Fortschritt, und ohne Risiko langfristig auch kein Wachstum mehr für unser Land. Politisches Risiko und wirtschaftliches Risiko sind eng miteinander verknüpft und bedingen sich gegenseitig. Wollen wir uns in einer komplex gewordenen Umwelt weiter entwickeln, so müssen wir uns alle dem Risiko stellen, Risiken eingehen und mit ausserordentlichen Risiken leben lernen – insbesondere auch mit dem europäischen Risiko. Denn nur auf diesem Weg werden wir wieder *wettbewerbsfähig*.

*Drittens: Agieren, statt reagieren!*

Das Jahr 701 wird für uns alle ein besonderes Jahr. *Wir müssen agieren*. Wir müssen vor aller Welt, vor allem vor den Europäern, zeigen, wer wir sind. Es gibt kein Versteckspiel, keinen Rückzug hinter den Ofen, keine Ausreden. Wir können nicht mehr einfach untätig, unbeteiligt, uninteressiert zuschauen wie seit Jahren. Wir haben zu entscheiden.

Das billige, unwürdige Schielen nach einseitigen Vorteilen, nach Profit ohne Nachteil, spukt derzeit in einer ansehnlichen Zahl spekulativ veranlagter Köpfe herum. «*Wir sind ja im letzten Krieg gut gefahren*», oder: «*wir müssen ja dann nur die Schulden der Südländer bezahlen*» – so tönt es hinter vorgehaltener Hand. *Daniel Vernet* gibt uns aus der Sicht der europäischen Gemeinschaft dazu eine unmissverständliche Meinung: «*Man kann nicht nur von diesen Vorteilen profitieren, ohne die Verpflichtungen und die Solidarität, die diese Gemeinschaft mit sich bringt, anzunehmen und zu respektieren.*»

Damit wir agieren können, bedarf es einer gründlichen Auseinandersetzung mit all dem, was auf dem Spiel steht. Es gilt, echte Argumente zu erarbeiten und sorgfältig gegeneinander abzuwägen, bezogen auf unsere Zukunft und diejenige unserer Kinder, bezogen aber auch auf unsere neue, andersartige Rolle im europäischen Raum. Vielleicht erinnern wir uns bei dieser Entscheidungsfindung an die sehr bedeutende Tatsache, dass die Väter der europäischen Idee nach dem zweiten Weltkrieg vor allem *ein* Ziel vor Augen hatten, nämlich *die Sicherung des Friedens in Europa*. EG als Garant des Friedens, und wir sind nicht mit von der Partie?

*Nicht* agieren für den Frieden und unsere internationale, vielgepriesene Solidarität?

*Viertens: Freie Bahn den schöpferischen Kritikern!*

Kreative Rebellen sollen in unserem Lande wieder gesucht und gefragt sein, ebenso Unternehmer (besonders junge Unternehmer) mit Risikofreude, auch wenn sie mal scheitern, dafür aber den Mut aufbringen, wieder neu anzufangen. Die Schweiz braucht die schöpferische Herausforderung, die kreative Auseinandersetzung, sie benötigt dringend Menschen, die risikobereit sind und Wagnisse eingehen – von uns allen begleitet und getragen. Es gilt, in unseren Unternehmungen freie Bahn für einen kritischen Geist zu schaffen, damit die Entrümpelung der Direktionsetagen stattfinden und ein frischer Geist der Konfrontation und der ideenreichen Entwicklung einsetzen kann. Lasst uns phantasievolle Unruhestifter, Fragesteller, Freidenker anhören und über ihre Vorschläge nachdenken: sie sind es, welche Türen aufstossen, Fenster öffnen und uns in Bewegung setzen, ob sie nun reformiert, katholisch oder jüdisch sind, italienisch, englisch oder japanisch sprechen. Erinnern wir uns doch bitte: woher stammen eigentlich die Unternehmer *Brown, Boveri* und *Nestlé*? Sind wir nicht dankbar für die Pioniertätigkeit der *Senning, Turina, Yasargil* und ihre weltberühmten medizinischen Taten in der Schweiz? Gemessen am Erfolg ihrer schweizerischen Unternehmungen und ihrer Taten sind dies zweifellos hochkreative Männer, denen die Schweiz in der Vergangenheit rechtzeitig Tür und Tor (auch das Banktor) mit grossem Gewinn geöffnet hat.

*Fünftens: Mass nehmen an couragierten Frauen und Männern!*

Es gibt viele Frauen und Männer mit bewundernswerter Zivilcourage. Vielleicht haben wir verlernt, sie zur Kenntnis zu nehmen? Oder bräuchten wir einfach etwas mehr Geduld und Musse, um herauszufinden, weshalb sie tapfer und unerschrocken ihre Überzeugung oder ihre Meinung vertreten? Vorbilder gibt es – auch in unserer Zeit – in reicher Zahl: *Mutter Teresa, Margret Thatcher, Václav Havel, Hans Küng, Nahum Goldmann, Anwar el-Sadat, Martin Luther King*, um nur einige zu nennen.

Allen gemeinsam ist oder war eine klare weltanschauliche Haltung, geprägt von ethischen «Leitplanken» in ihrem mutigen Tun und Handeln. Ihr unablässiger Kampf für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität gibt Hoffnung für die Zukunft dieser Welt und unseres Landes. Wir stehen in der Schweiz im Jahr «701» alle vor der Herausforderung, zu agieren anstatt zu reagieren: mit Leidenschaft und Zivilcourage.

*Rudolf Villiger*

Altermatt, Urs: Die Schweiz droht den Frieden zu verpassen, «Tages-Anzeiger» Interview, 30.12. 1991.

Riklin, Alois: Verantwortung des Akademikers, Verlag VGS, St. Gallen 1987.

Riklin, Alois: Die Neutralität der Schweiz «Bewaffnete Neutralität heute» Allgemeine Schweizerische Militärzeitschrift, 1992.

Stickel, Erwin: Schweizer – Art und Unart, Der Schweizer Rotarier, Januar 1992.

Vernet, Daniel: Die Schweiz – Beispiel für Europa? Vortrag Unternehmer-Forum Lilienberg, 1991.

Wittmann, Walter: Wohin treibt die Schweiz?, Bern und München 1979.

## Islamische Kolonisierung Zentralasiens

### *Wettkämpfe und Bombengeschäfte*

Kaum hatten 1991 die Muslim-Republiken der Sowjetunion eine nach der anderen ihre Unabhängigkeit erklärt, setzten die Regierenden in Ankara und Teheran zum Sprung an, um sich ihren Einfluss in der Region zu sichern. Der *Kemalismus*, die Staatsideologie der modernen Türkei, distanzierte sich in den zwanziger Jahren bewusst vom Pan-Türkismus, um den Bestand der aus dem Osmanischen Reich in die nach-imperiale Epoche hinübergeretteten Türkischen Republik nicht durch zentralasiatische Abenteuer zu gefährden, die zur Konfrontation mit der jungen Sowjetmacht geführt hätten. Jetzt sehen sich auch die eingefleischtesten Kemalisten einer völlig neuen Situation gegenüber, insofern, als die Turkvölker der einstigen Sowjetunion von Ankara ein kräftiges Engagement in Zentralasien erwarten, und zwar sowohl wirtschaftlicher als auch kultureller und sogar politischer Natur. Russland und die Ukraine verfolgen die Entstehung eines türkisches Blockes vor ihrer Haustür mit Sorge, doch angesichts der Möglichkeit iranischer Einflussnahme in Zentralasien erscheint ihnen die türkische Option als das kleinere Übel.

### **Der persisch-türkische Wettkampf**

Iran gilt zwar in den Augen der türkischen Führungsschicht nicht als eine Grossmacht, doch zweifellos als ein ernstzunehmender Störfaktor. So sehen es auch die Amerikaner, die den Pan-Türkismus für eine zweckdienliche Alternative zum *Khomeini*-Islamismus

halten. Das kam beim Staatsbesuch des türkischen Ministerpräsidenten *Demirel* in Washington im Januar 1992 offen zur Sprache. *Demirel* bot sich öffentlich an, den Iranern in Zentralasien die Stirn zu bieten, und ein erleichterter Präsident *Bush* nannte die Türkei «*ein Modell*» für die im Demokratiedebau begriffenen Muslim-Republiken der ehemaligen Sowjetunion.

Ankara war geschickt genug, als Vermittler zwischen Azeris und Armeniern aufzutreten, woran Washington besonders gelegen ist, besteht doch in den USA eine nicht zu unterschätzende armenische Lobby. Aussenminister *Baker* legte sich in Eriwan, der Hauptstadt Armeniens, und in der aserbeidschischen Hauptstadt Baku kräftig ins Zeug, um die beiden Streithähne an einen Tisch zu bringen, wenngleich die Kämpfe in der auf aserbeidschanischem Territorium liegenden armenischen Enklave Nagornny-Karabach an Intensität erst einmal zunahmen.

In Ankara war man sich darüber im klaren, dass die Türkei ihr Verhältnis zu den Armeniern verbessern muss, wenn sie von Europäern und Amerikanern als Partner ernstgenommen werden will. Deshalb beteiligten sich die Türken massiv an den Hilfsaktionen nach der Erdbebenkatastrophe in Armenien. 1992 schien man auch in Eriwan pragmatischer zu werden und auf ein gutes Verhältnis zu Ankara hinzuarbeiten, um nicht in eine türkisch-aserbeidschische Umzingelung zu geraten.

Die Perser zogen sogleich nach und hatten eigentlich die besseren Voraussetzungen dafür, denn Iran hat eine ar-

menische Minderheit, deren Los – im Vergleich zu dem anderer ethnischer oder religiöser Minderheiten – zumindest erträglich ist. Im Grunde genommen sollte kein Ort so geeignet sein, Armenier und Aseris an einen Tisch zu bringen, wie gerade Teheran. Dennoch verlief ein Besuch von Aussenminister Velayatis in Eriwan und Baku ergebnislos. Ja, es gab deshalb in der persischen Presse sogar heftige Kritik am stümperhaften Arbeiten des eigenen Aussenministeriums.

Zwar vermochte auch Ankara nicht, den armenisch-aserischen Streit beizulegen, doch erwiesen sich die Türken in diesem Falle als die geschickteren Diplomaten. Diese erste und für Ankara besonders heikle Runde ging an die Türken.

Die Türkei hat keinen direkten Zugang zu Aserbeidschan, weil Armenien dazwischen liegt. Anders sähe es aus, wenn der an die Türkei grenzende Teil Iranisch-Aserbeidschans sich mit ehemals Sowjetisch-Aserbeidschan zusammenschlösse. Unter den Aseris in Iran gibt es viele, die das gerne sähen, wenngleich sich nicht mit Sicherheit sagen lässt, dass dies die Meinung einer Mehrheit sei. Immerhin gab es in Iranisch-Aserbeidschan 1954 eine kurzlebige Unabhängigkeitsbewegung, die vom Schah nur mit britischer Hilfe niedergeschlagen werden konnte.

Auf jeden Fall ist man in Teheran wegen solcher Tendenzen besorgt. Die Aseris, von manchen Persern als «Türken» verspottet, stellen mit mehr als acht Millionen die stärkste Minderheit Irans dar. Ihre Hauptstadt, Täbris, war nach der iranischen Revolution Hochburg der Opposition gegen das Khomeini-Regime und ist es wohl noch heute. Der oberste schiitische Geistliche zur Zeit

der iranischen Revolution, Gross-Ayatollah *Kázem Scharí'at-Madári*, war Aseri. Obwohl er 1963 Khomeini das Leben gerettet hatte, wurde er von diesem als gefährlicher Gegenspieler behandelt und gezwungen, im Fernsehen ein demütigendes Reuebekenntnis abzulegen und seine Schuld als Umstürzler öffentlich «einzugestehen». Gross-Ayatollah Scharí'at-Madári, aus Täbris stammend, starb als Gefangener des Regimes.

### **Iranische Mullahkratie versus türkischen Modernismus**

Aus Furcht vor der von den unabhängigen Republiken in Zentralasien ausgehenden Sprengkraft war man in Teheran erst einmal gar nicht geneigt, deren Unabhängigkeit anzuerkennen. Überhaupt wurde die Auflösung des Sowjetimperiums mit Sorge betrachtet, fehlt doch nun der Teheraner *Mullahkratie* der Gegenpol zur Grossmacht USA. *Jelzin* gilt in Teheran als Marionette Washingtons, deshalb atmete das Regime beim Moskauer Putschversuch sichtlich auf. Präsident *Rafsandschani* suchte schnell auszugleichen, indem er dem nach Moskau zurückkehrenden *Gorbatschow* sofort gratulierte. Der radikale Flügel in Teheran zieht jedoch über *Jelzin* her und schimpft ihn einen neuen Zaren im Solde der amerikanischen Kreuzritter. Wirtschaftlich sind die Perser den Türken gegenüber insofern im Vorteil, als sie mehr Geld zur Verfügung haben, um es in Zentralasien auszustreuen. Tatsächlich ist dem jedoch nur bedingt so; denn die Einnahmen aus dem Ölexport werden dringend für den Wiederaufbau des vom irakisch-iranischen Krieg in Mitleidenschaft ge-

zogenen Landes benötigt. Das heisst die Perser brauchen eigentlich ihr Geld zu Hause genauso nötig wie die Türken, insofern ist das Bild von den Abgesandten der Ayatollahs, die in Baku, Aschkabad, Duschambe, Taschkent und Alma Ata wie reiche Onkel aus Amerika auftreten, ein falsches. Teheran geht sozusagen aufs Ganze und riskiert dabei Engpässe im eigenen Land, die mit der Zeit dem Regime gefährlich werden könnten.

Solche Risiken kann sich die türkische Regierung nicht leisten. Die Türken sind auf ihr technisches Know-how angewiesen, von dem sie mehr besitzen als die Perser. Türkische Baufirmen sind seit zwei Jahrzehnten in mehreren arabischen Staaten, besonders Libyen, recht gefragt. Ihre Architekten, Ingenieure und Unternehmer kommen nun zum Einsatz in Turkmenistan und Usbekistan.

Dabei sind sie den Persern gegenüber im Vorteil; denn mit Ausnahme von Tadschikistan spricht man in der Region Sprachen, die dem Türkischen so verwandt sind, dass sie oft als Dialekte bezeichnet werden. Das moderne Türkisch der Türkei gilt ausserdem als nachahmenswert, in Zentralasien schaut man auf zur *Türkiye Cumhuriyeti*, zur Türkischen Republik.

Ankara hat auch gleich eine zweite Runde gegen Teheran gewonnen. In den Muslim-Republiken entschloss man sich nämlich, die von den Russen aufgezwungenen kyrillischen Buchstaben zu ersetzen. Die Sendboten der Ayatollahs plädierten dafür, die arabische Schrift wieder einzuführen, doch die meisten der neuen Staaten entschieden sich für die lateinischen Buchstaben, und zwar gemäss der in der Türkei gängigen Schreibweise. Damit ist der türkischen

Presse und dem Verlagswesen ein riesiger Markt erschlossen.

Die Perser müssen sich auf das kleine Tadschikistan beschränken. Tadschikisch ist eine «veraltete» Form des Persischen, sehr ähnlich dem in Afghanistan gesprochenen Dari. In Teheran gilt Tadschikisch als archaisch.

Zusätzlich erschwerend wirkt sich aus, dass die Muslims in der ehemaligen Sowjetunion in der grossen Mehrzahl Sunniten sind und dem hanafitischen Ritus angehören, wie die Türken in der Türkei. Das gilt auch für die persischsprachigen Tadschiken. Eine Ausnahme bilden die Aserbeidschaner. Hier muss sich zeigen, ob sie ihres Schiitentums wegen stärker zur Mullahkratie Teherans hinneigen, oder ihrer türkischen Sprache wegen stärker zur Demokratie Ankaras. Erste Anzeichen deuten daraufhin, dass der ethnisch-sprachliche Faktor stärker ist als der religiöse. Das soll allerdings nicht heissen, den Persern sei der Zugang nach Zentralasien versperrt. Trotz türkischer Sprache und sunnitischer Konfession standen Turkmenen und Usbeken lange im Sog der gross-iranischen Zivilisation. Diese Bindung ist alt, war doch Iran bis zum Jahre 1500 mehrheitlich sunnitisch und seinerseits von Turan beeinflusst, also jenen Gebieten im Norden. In den wichtigsten Kulturzentren Zentralasiens, wie Buchara und Samarkand, war man generell zweisprachig: Türkisch und Persisch. Literaten und Religionsgelehrte studierten nicht nur arabische, sondern auch persische Literatur. Ganz ausgestorben ist diese Kulturtradition auch unter dem Bolschewismus nicht. In den letzten Jahrzehnten hat das Radio sogar zu einem Wiederaufleben der kulturellen Bande beigetragen, insofern, als in Zentralasien sehr viel die Sender aus

Iran, Afghanistan und auch Pakistan eingeschaltet wurden.

Vorläufig lässt sich diese persische Dimension jedoch nicht mit der türkischen Ausstrahlung vergleichen, zumal Aseris und Turkmenen, Usbeken und Tadschiken von der wirtschaftlichen Entwicklung Irans alles andere als beeindruckt sind. Das hielt sie allerdings nicht davon ab, im Februar 1992 auf Einladung Teherans an einer Sitzung des RCD (Regional Cooperation for Development) teilzunehmen, also der aus den sechziger Jahren stammenden Organisation für *Regionale Entwicklungszusammenarbeit* (Pakistan, Iran, Türkei), die nun in einen *Islamischen Gemeinsamen Markt* verwandelt werden soll. Der türkische Präsident *Turgut Özal* nahm teil und fand bei den Vertretern der neuen Muslim-Republiken mehr Zuspruch als die iranischen Gastgeber. Ankara hat Mühe, den hohen Erwartungen der Volksgenossen in der ehemaligen UdSSR nachzukommen. Die USA und andere Westmächte setzen ganz auf die türkische Karte und hoffen, dass Ankara aus diesem persisch-türkischen Ringkampf als Sieger hervorgehe.

Teheran reagiert auf den türkischen Vormarsch mit zunehmender Nervosität und setzt alle Hebel an, ihn aufzuhalten. Das geschieht unter anderem durch Unterstützung für den Kurdenaufstand, was den zusätzlichen Nutzen hat, dass damit von der Unterdrückung der Kurden in Iran abgelenkt wird, wie schon zuvor, anlässlich der kurdischen Tragödie im Irak. Darf man dem türkischen Innenminister *Ismet Sezgin* Glauben schenken, dann erhalten die Guerrilla-Kämpfer der *PKK* (Kurdische Arbeiterpartei) in geheimen Lagern in Iran militärische Ausbildung. In einem scharfen Schreiben bezichtigte Sezgin im März 1992 die *Islamische Republik*, in der

Türkei ein Netzwerk islamistischen Terrors aufzubauen. Der türkische Zweig der von Iran gesteuerten «*Gottespartei*» (Hezbollah) wurde vom Innenminister für den Anschlag auf eine Synagoge in Istanbul am 1. März 1992 verantwortlich gemacht. Der Chef der türkischen Hezbollah, *Nazmi Ortak*, sei bei dem Versuch, nach Iran zu fliehen, festgenommen worden.

In einer nicht weniger scharfen Reaktion warnte Teheran Ankara davor, in der ehemaligen UdSSR als Agent der USA aufzutreten und der *Islamischen Republik* den Rang streitig machen zu wollen. Die iranische Antwort auf die Herausforderung durch die Türkei werde nicht lange auf sich warten lassen. Wenn Ankara so weitermache und sich von Amerikanern und Europäern dazu verleiten lasse, in Zentralasien gegen die «islamische Bewegung» anzutreten, dann werde es am Schwarzen Meer bald ein zweites Algerien geben. Offensichtlich glaubten die Mullahs im März noch, dass sich in Algerien die Islamisten (d. h. jene muslimischen Fundamentalisten, welche den Islam als politische Kraft verstehen) durchsetzen würden.

Die Konturen dieser Auseinandersetzung werden noch schärfer, wenn man das alles in der saudi-arabischen Presse verfolgt. Früher hatte Riad Ankara stets den Laizismus vorgehalten und gefordert, die Türken sollten vom Kemalismus Abstand nehmen und sich wieder den arabischen Quellen des Islam zuwenden. Heute scheint man in Saudi-Arabien froh zu sein, wenn der Türke den Perser besiegt, ganz gleich, ob der Türke ein Kemalist oder Wahhabit ist. Riad macht alle Anstrengungen, in Zentralasien am Ball zu bleiben – und spielt diesen bei Gelegenheit auch Ankara zu. Auf jeden Fall machen Nachrichten über den türkisch-persischen Wett-

kampf in der saudischen Presse Schlagzeilen.

Erstes Schlachtfeld der Auseinandersetzung ist Aserbeidschan. Von einem auf die Türkei eingeschworenen Aserbeidschan würde unweigerlich ein Sog auf den iranischen Teil Aserbeidschans ausgehen, d. h., Iran sähe sich wieder dem Gespenst einer Loslösung von wenigstens acht Millionen Aserbeidschanern gegenüber. Käme es dazu, dann wäre auch Iranisch-Kurdistan nicht zu halten, und die sunnitischen Turkmenen Irans würden sich Turkmenistan anschliessen wollen.

Schlachtfeld Nummer zwei wird wohl Usbekistan sein. *Bakhtyár Karím* (Karimov), anti-islamistischer Philosophieprofessor und Pan-Türkist an der Akademie der Wissenschaften in Taschkent, schätzte im Frühjahr 1992, dass von den 20 Millionen Usbeken etwa 3 Millionen sich gegenwärtig für die *Islamische Republik Iran* begeistern. Die Zahl kann kaum abnehmen, wohl aber könnte sie bei weiterer Verschlechterung der Wirtschaftslage dramatisch zunehmen. Andererseits ist Usbekistan der Hort der pan-türkischen Bewegung *BIRLIK (Einheit)*, also des *Gegenpols zum Islamismus in der gegenwärtigen ideologischen Auseinandersetzung*.

### **Der lachende Dritte: Pakistan**

Während die Saudis als Millionäre und Investoren auftreten, und zwar mit Vorliebe in Kasachstan, machen sich die Pakistaner, besonders in Usbekistan, als Händler und Klein-Unternehmer breit – und zwar in grosser Zahl. Nicht wenige Pakistaner sind zentralasiatischer Abstammung und fühlen sich dort wie zu Hause. Umgekehrt empfinden die Us-

beken und Tadschiken die Pakistaner nicht als Fremde, oder zumindest weniger als andere Ausländer. In Mentalität und Lebensstil ist man sich ähnlich, das erleichtert es den Pakistanern, als Hoteliers oder Export-Import-Kaufleute, als Ärzte und Lehrer Zugang zu den Einheimischen zu finden.

Eine japanische Firma, die in Taschkent ein effizientes Bürohaus mit allem Zubehör der modernsten Computertechnik einrichtete, musste bald wieder schliessen, weil sie mit dem Geschäftsgebaren der Usbeken nicht zu Rande kam. Auf der anderen Strassenseite dagegen floriert eine pakistanische Firma inmitten eines heillosen Durcheinanders, ausgerüstet mit mechanischen Schreibmaschinen. Hier wird endlos palavert und dabei unendlich viel Tee getrunken.

Die Eroberung des zentralasiatischen Marktes war ein alter Traum des 1988 umgekommenen Diktators *Zia ul-Haq*. Wie in Pakistan üblich, verbrämte der General diesen Tatendrang mit Parolen von islamischer Brüderlichkeit. Ist schon bei den iranischen Mullahs, von denen viele mit Basaris (Kaufleuten) verschwägert sind, Handel und Wandel eine der Treibkräfte hinter ihrem schiitischen Ethos, so ist das beim sunnitischen Pathos der Pakistaner erst recht der Fall.

Der indische Soziologe *Suri* hat anschaulich dargestellt, wie Pandschabis, gleich ob Hindus, Muslims oder Sikhs, es verstehen, Geschäftsinteressen und religiösen Eifer untrennbar miteinander zu verbinden – und diese Gleichsetzung zu verinnerlichen. Daher ist fast jeder pakistanische Zentralasienfahrer ein Missionar des Islam. Sie sind keineswegs immer Islamisten, doch tragen sie alle zur Hebung des islamischen Bewusstseins

der Usbeken und anderen Zentralasiaten bei.

Ausserdem sind mehrere islamische Organisationen aus Pakistan bereits in das «Zentralasien-Geschäft» eingestiegen; denn auch sie sind auf der Suche nach neuen Betätigungsfeldern. Da ist z. B. die besonders rührige Missionsgesellschaft *Tablîghi Jamá'at*, eine Art pakistanisches Pendant zu den amerikanischen Fundamentalisten mit ihren Televangelisten und riesigen Netzwerken in Lateinamerika. Jene in der ganzen Welt eifrig missionierenden US-Fundamentalisten haben in mehreren Staaten ihren Konvertiten zur politischen Macht verholfen, z. B. in Guatemala und Peru oder auch in Zambia. Da wollen die muslimischen Fundamentalisten (Islamisten) nicht zurückstehen.

Pakistan zählt heute mit rund 120 Millionen Einwohnern zu den überbevölkerten Ländern, wie auch Ägypten mit seinen inzwischen mehr als 60 Millionen. Beide Staaten sind seit Jahrzehnten darum bemüht, die Auswanderung in islamische Bruderstaaten zu fördern. In den neuen Muslim-Republiken sehen sie unbegrenzte Möglichkeiten.

Zur Zeit des Ansturms auf die ölfreiche arabische Halbinsel waren die Ägypter im Vorteil, weil sie arabisch sprechen. Bei der islamischen Kolonisierung Zentralasiens haben die Pakistaner die bessere Ausgangsposition, einmal wegen der geographischen Nähe, zum anderen wegen der historisch-kulturellen Bande. Jahrhundertlang waren Tadschiken und Usbeken in grosser Zahl nach Indien eingesickert, wo sie im heutigen Pakistan unter der Bevölkerung aufgingen. Nun streben die Pakistaner eine Auswanderung in umgekehrter Richtung an.

Aufgeklärte Islam-Denker wie *Hanîf Rámay*, Chefredakteur der *PPP-Zei-*

tung «*Musawát*» («Pakistanische Volkspartei» *Bhuttos*), haben heute in Pakistan einen so schweren Stand, dass sie nicht in der Lage sind, nach Zentralasien auszustrahlen. Daher bleibt das Feld den Islamisten überlassen. Die arbeiten zwar häufig im Solde Saudi-Arabiens, doch unterscheidet sich der Sinngehalt ihrer Botschaft kaum von der der schiitischen Islamisten auf der *Imamslinie* (der Linie des Imam Khomeini).

Islamismus ist aber nicht gleich Islam, die neue Ideologie setzt andere Akzente als die alte Religion. In der Regel haben es deshalb die Islamisten in den Kernländern des Islam schwer, und stellenweise werden sie heftig verfolgt, wie z. B. in Syrien und Tunesien. Sie sind daher ständig auf der Suche nach Neuland, um ihren Vorstellungen vom Islam als politischem System (Islamismus) zum Durchbruch zu verhelfen. Ein typisches Beispiel ist Algerien, das zur Zeit der Unabhängigkeit im Jahre 1962 kaum mehr als ein Dutzend Islamisten zählte. Die Algerier brauchten dringend Lehrer, vor allem für Arabisch. Die Islamisten Ägyptens, Syriens, Jordaniens und anderer Staaten erblickten darin eine günstige Gelegenheit und bewarben sich – mit dem Resultat, dass Algerien heute die wohl stärkste islamistische Partei (FIS) der gesamten Welt des Islam besitzt.

### **Israelischer Präventivschlag gegen Kasachstan?**

Diese Entwicklung möchten nun die Islamisten in den neuen Muslim-Republiken wiederholen, beschwingt durch ihren Erfolg in Afghanistan; denn auch dort hatte der Islamismus bis 1978 wenig Anhang. Erst die sowjetische Invasion und die massive Manipulierung des

Widerstands durch Pakistan und Saudi-Arabien einerseits, durch Iran andererseits, verhalfen dem Islamismus in Kabul zum Sieg.

Letztlich sind jedoch die Reinheit des Glaubens und die unterschiedlichen Koraninterpretationen (Privatbesitz: nein; Privatbesitz: ja) weniger entscheidend als das nukleare Arsenal, die Raketenbasen und das technische Fachwissen, das sich vornehmlich in Kasachstan ballt. Kasachstan ist nicht nur die flächenmässig grösste unter den neuen muslimischen Republiken, es ist auch durch seinen dynamischen und fotogenen Präsidenten *Núr-Sultán Nazar-Bey(ev)* stärker ins Rampenlicht getreten. Saudiische Millionäre investieren hier mehr als anderswo, und vielerorts hofft man auf ein Bombengeschäft mit Kasachstan.

Dabei wird nicht nur die kommunistische Vergangenheit Nazar-Beys übersehen, sondern auch die Tatsache, dass die Muslims nur knapp zwei Drittel der Bevölkerung Kasachstans ausmachen (nach manchen Angaben sogar nur die Hälfte). Die technischen Errungenschaften liegen überwiegend in den Händen von Russen, die hier ansässig geworden sind. Teile Nord-Kasachstans sind fast ausschliesslich von Russen bewohnt. In den USA werden bereits Stimmen der Kritik laut, die bemängeln, dass Washington zwar eine Botschaft im menschenarmen Kasachstan unterhält, nicht aber in Usbekistan, der mit 20 Millionen Einwohnern volkreichsten der neuen Muslim-Republiken.

Sollte die halb-asiatische, halb-europäische Bevölkerung Kasachstans es schaffen, miteinander auszukommen, dann wäre hier ein Potential sondergleichen gegeben. Unabhängig von der ethnischen Zugehörigkeit im Vertriebe ihrer Waffenarsenale sehen viele ehemalige Sowjetbürger die grosse Chance, und

die reichen Ölstaaten – allen voran Iran – sind am versessensten darauf. Da soll es einem russischen Fabrikleiter in Kasachstan nur recht sein, als Landesherrn einen Muslim zu haben, der ob seiner Religionszugehörigkeiten die besseren Aussichten hat, Verbindungen zu den Öl-Scheichs herzustellen.

Zumindest in der gegenwärtigen Situation sind deshalb die Gegebenheiten Kasachstans ideal: den Russen obliegt die Produktion und technische Instandhaltung, die Kasachen leiten die Verkaufsabteilung. Ob das so bleibt, ist allerdings zweifelhaft; denn kaum irgendwo im ehemaligen Sowjetimperium sind anti-russische Ressentiments so heftig wie unter den Kasachen. Hier geht es nicht nur um völkische Konflikte oder Nationalismus, sondern um Rassenhass. Als Gorbatschow im Dezember 1986 in Alma Ata einen Russen als neuen Parteichef einsetzte, an Stelle eines durch und durch korrupten Kasachen, randalierten kasachische Studenten. Es gab wenigstens ein Dutzend Tote.

Das war eine der ersten ethnischen Unruhen grossen Ausmasses in der Sowjetunion überhaupt, und in gewisser Weise wurde damit die Auflösung des Kolonialreiches eingeleitet. Jener Tag ist nun von den Kasachen zum Nationalfeiertag ihrer Republik erklärt worden. Für die rund sechs Millionen Russen in Kasachstan ist das schwer verdaulich, zumindest in Nord-Kasachstan wird dieser Nationalfeiertag kaum begangen werden, sondern eher den Bestrebungen zu einer Teilung der Republik Auftrieb geben. Bereits Gorbatschow hatte von Grenzbereinigungen gesprochen, womit gemeint war, dass die überwiegend von Russen besiedelten Gebiete an die Republik Russland fallen sollten. Solch eine «Grenzbegradigung» wäre technisch weit weniger problematisch

als das Auseinanderdividieren der ineinander verschachtelten Siedlungszonen von Serben und Kroaten, doch wollen natürlich die Kasachen davon nichts wissen, zumal sich gerade die Industrieanlagen überwiegend im Norden befinden.

Die Israeli arbeiten deshalb fieberhaft an einer Verlängerung der Reichweite ihrer Raketen und sprechen unverhohlen von der Notwendigkeit eines Einsatzes gegen Kasachstan. Schuld daran ist ein Interview Nazar-Beys mit der arabischen Zeitung «*Saut Al-Kuwait*» in dem der kasachische Präsident etwas zu lautstark ausführte, was sein Land den Arabern an militärischer Technologie alles zu bieten habe. Die Kontrolle über die in Kasachstan vorrä-

tigen Atomwaffen werde seine Regierung nicht aus der Hand geben und auch nicht mit Jelzin und den anderen Republiken teilen, versicherte Nazar-Bey.

Kommentatoren in den USA und Israel weisen daraufhin, dass die *Islamische Bombe* damit Wirklichkeit geworden sei. Jetzt könne man die Pakistaner mit ihren beiden noch nicht einmal zusammengesetzten «Fussbällen» vergessen und müsse die gesamte Aufmerksamkeit auf Kasachstan als neuen Gefahrenherd Nummer eins lenken. In der Tat treten sich in Alma Ata Iraker, Iraner, Pakistaner, Libyer, Saudis und andere gegenseitig auf die Füsse. Alle möchten sie die fertigen Bomben, ob mit roter Beschriftung oder grüner, in kyrilischen Buchstaben oder arabischen.

*Khalid Durán*

